Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 2

Artikel: Demokratie und Diktatur : eine kritische Besinnung. Teil II
Autor: Lang, Otto
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331784

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rat es auf sich nehmen, daß ihre Wahl durch Propagandamethoden bewerkstelligt wird, die sie persönlich nicht mitmachen könnten?

Die Arbeiterschaft hat in dem eben abgeschlossenen Riesenkampf nicht nur und unstreitig die materiellen und geistigen Interessen des Schweizervolkes mit starker Zuversicht und erfolgreich verfochten, sondern sie führte diesen Kampf auch in einer viel anständigeren und saubereren Weise als ihr Gegner. Mit der Wahrheit zur Seite ist gut fechten! Das Bürgertum aber hat seinen Wahlkampf nicht zuletzt deshalb verspielt, weil es sich von den rechtsradikalen Elementen in Fronten und Bünden eine Kampfweise der bewußten Verlogenheit, der bewußten Tatsachenentstellung, der Maßlosigkeit der Demagogie und der Schamlosigkeit der Hetze hat aufdrängen lassen. Nie ist von bürgerlicher Seite ein Wahlkampf ordinärer geführt worden als diesmal. Der Wettbewerb in reaktionärem Radikalismus hat seine schlimmsten Orgien gefeiert. Mag er im Ausland triumphieren. Dem Schweizer, der hundert Jahre politisch-demokratische Erfahrung hinter sich hat, imponiert man damit keineswegs. Es war eine Lust, die dicken, plumpen Lügen der reaktionären Wahlhetze Stück um Stück abzustechen, und die Sympathien breiter Wählerschichten wandten sich denn auch immer mehr derjenigen Partei zu, die den grotesken Lügenaufzug in überlegener Weise bekämpfte und ihn in alle Winde zerstieben ließ.

Wenn das Bürgertum nach den Zürcher Erfahrungen sich wieder auf eine andere Kampfweise besänne, so wäre das nicht der geringste Erfolg des 24. September. Die Arbeiterschaft ihrerseits kann kein Interesse daran haben, die Wahlkämpfe derart entarten zu lassen, daß sie nicht mehr geführt werden können. Auch hier ist die Erhaltung der Volksrechte gleichbedeutend mit der Erhaltung eines wichtigsten Kampfmittels um das materielle Volkswohl.

Demokratie und Diktatur

Eine kritische Besinnung

Von Otto Lang.

II.

9. Die Kritik an der Demokratie.

Die abschätzigen Urteile über die Demokratie gehen deshalb fehl, weil ihre Kritiker den Wert der Demokratie an einem falschen Orte suchen und von ihr etwas erwarten, was sie selbstverständlich nicht leisten kann und was zu leisten auch nicht ihre Bestimmung ist. Wie lauten diese Urteile? Die Demokratie habe den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht beseitigt; sie habe die Lage des Arbeiters nicht zu sichern vermocht, es fehle ihr überhaupt »an schöpferischer Kraft«. Schon ein kurzes Nachdenken sollte zu der Erkenntnis führen, daß man sich von der bloßen Existenz einer Verfassung oder bestimmter verfassungsrechtlicher Zustände, wie immer

sie geartet sein mögen, keine Veränderung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse versprechen darf. Der Wert einer Staatsform, also auch derjenige der Demokratie, kann unmöglich darin liegen, daß sie, gleichsam automatisch, die Beziehungen zwischen den einzelnen Klassen und die Eigentumsverhältnisse ändert. Die Demokratie gewährleistet wohl ein gewisses Maß von bürgerlichen Freiheiten und politischer Rechte, aber sie verlangt nicht eine bestimmte Wirtschaftsordnung und noch weniger führt sie zwangsläufig zu einer solchen.

Die Bedeutung der Demokratie für die Weiterbildung der menschlichen Gesellschaft beruht vielmehr in folgenden Tatsachen: Erstens: Die Demokratie sichert der jeweiligen Mehrheit die Herrschaft, indem sie die Beschlüsse der Mehrheit zum Staatswillen erhebt. Zweitens: Da die wirtschaftliche Entwicklung zu einer Zunahme der unselbständig Erwerbenden, das heißt derjenigen führt, die an der Ueberwindung des Kapitalismus ein Interesse haben, eröffnet die Demokratie dem Proletariat die Möglichkeit, Mehrheitspartei zu werden. Drittens: Verfügt das Proletariat als Mehrheitspartei über die staatlichen Machtmittel, so kann es dieselben in den Dienst einer sozialistischen Wirtschaftspolitik stellen. Die Demokratie ist nicht *der* Weg zum Sozialismus, aber sie eröffnet *einen* Weg. Sie ersetzt nicht den Kampf und legt der Arbeiterschaft keinerlei soziale Errungenschaften in den Schoß, aber sie liefert ihr die Waffe, mit der sie den Kampf um den Sozialismus erfolgreich führen kann, soweit die objektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Planwirtschaft erfüllt sind. Es ist deshalb töricht, von einem »Versagen« der Demokratie zu reden. Was bis heute versagt hat, ist nicht die Demokratie, sondern die Arbeiterschaft. Man bezeichnet aber den Sachverhalt richtiger, wenn man sagt: Die Arbeiterschaft war deshalb noch nicht imstande, Richtung und Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik zu bestimmen, weil sie noch nicht Mehrheitspartei ist. Und das gleiche gilt von dem Einwand: die Demokratie ermangle der schöpferischen Kraft. Die schöpferische Kraft wohnt nicht der Staatsform inne. Es ist die in der Demokratie herrschende Mehrheitspartei, die sich über den Besitz dieser Kraft ausweisen muß. Die Mehrheitspartei muß zeigen, daß sie gewillt und imstande ist, die staatlichen Machtmittel zu einer schöpferischen Politik zu verwenden. Die demokratische Verfassung verlegt den Kampf um diese Macht auf ein Gebiet, auf welchem die Arbeiterklasse siegreich bleiben muß, wenn es ihr gelingt, alle unterm Kapitalismus leidenden Schichten und jedenfalls den größern Teil der Lohnarbeiter für den sozialistischen Gedanken zu gewinnen, und wenn sie dann ihre Kräfte nicht sinnlos verzettelt, — Sieger bleiben muß, weil der Kapitalismus selbst ihr die Waffe liefert, mit der sie den Gegner schlagen kann: das Uebergewicht der großen Zahl.

10. Beziehungen zwischen Demokratie und Sozialismus.

Begrifflich besteht also zwischen Demokratie und Sozialismus keine Beziehung. Die Demokratie ist nicht an irgend ein Wirtschaftssystem gebunden. Das schließt indes nicht aus, daß praktisch Wechselwirkungen zwischen politischen und sozialen Zuständen bestehen. Von

vornherein ist zu vermuten, daß die Anerkennung der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz schon in der kapitalistischen Gesellschaft von weitgehendem Einfluß sein werde auf die Beurteilung gesellschaftlicher Zustände. Die Anschauung darüber, was erträglich und was unerträglich ist, was sich irgendwie noch mit der Menschenwürde verträgt und was Staat und Gesellschaft nicht dulden dürfen, wird in der Demokratie eine andere sein als in einem Staat mit aristokratischer Verfassung. Wer belgische Industriegebiete bereist oder die Lebensbedingungen ostelbischer Taglöhner kennengelernt hat, weiß davon etwas zu erzählen. Einen Beleg dafür bietet auch der Vergleich der Lage der schweizerischen Fabrikarbeiter in der Frühzeit des Kapitalismus mit der heutigen Lebenshaltung. Wir reden mit Recht von einem demokratischen Geist, der das öffentliche und gesellschaftliche Leben durchdringt, von einer Demokratisierung der Kunst und Wissenschaft und verstehen darunter alle Einrichtungen und Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, in weiteren Kreisen Interesse für Kunst und Wissenschaft zu wecken und das Verständnis ihrer Werke zu erleichtern. Diese Wechselwirkungen werden jeder freiheitlichen, also auch der sozialistischen Bewegung zugute kommen.

11. Die der Demokratie drohende Gefahr.

Die Genossen, die sich auf ihren Radikalismus etwas zugute tun, polemisieren gelegentlich gegen die Auffassung, wonach die Gesellschaft friedlich, ohne es selbst zu merken, und ohne große eigene Kraftanstrengung »in den Sozialismus hineinwachse«. Ob wirklich eine solche Ansicht innerhalb der sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft vertreten wird, weiß ich nicht. Sie ist ebenso irrig wie die Meinung, daß der Kapitalismus ohne Zutun der Menschen an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehe. Jedenfalls soll ihr durch die hier entwickelte Theorie über die Bedeutung der Demokratie für die Entwicklung zum Sozialismus in keiner Weise Vorschub geleistet werden. Es sei vielmehr, um allen böswilligen und verständnislosen Auslegungen vorzubeugen, noch einmal betont: die Demokratie schafft nur eine *Möglichkeit* der Entwicklung in der Richtung zum Sozialismus, und ob das Mögliche zur Tatsache wird, hängt von der Entschlossenheit und Einsicht der Sozialistischen Partei ab. Indem die Demokratie die Teilnahme aller an der Arbeiterbewegung fordert, erhöht sie die Verantwortlichkeit jedes einzelnen.

Dazu kommt noch ein weiteres. Die Demokratie und die demokratische Praxis schließen den Gebrauch anderer Mittel als der politischen Rechte nicht aus. Ihre Anwendung kann nötig werden, um auf die Mehrheitspartei einen Druck auszuüben und von ihr Konzessionen zu verlangen, zu denen sie aus freien Stücken sich nicht verstehen würde. Der Staat hat zwar, seit die Minderheitsparteien eine gewisse Stärke erlangt haben, aufgehört, »nichts als ein Instrument und Vollzugsorgan der bürgerlichen Klassen« zu sein. Aber anderseits bringt ihn der wachsende Einfluß der Sozialistischen Partei in Versuchung, eine Politik einzuschlagen, die sich mit lebenswichtigen Interessen des Proletariats

nicht verträgt. Und zu *diesen lebenswichtigen Interessen gehört in allererster Linie die Demokratie.* Kommt die Arbeiterschaft in die Lage, die Demokratie gegen Angriffe des Bürgertums zu verteidigen, und reichen die Waffen, welche die Verfassung für den politischen Kampf zur Verfügung stellt, zu einer wirksamen Verteidigung nicht aus, so wird sie vor dem Urteil der kommenden Generationen auch die Anwendung anderer Mittel rechtfertigen können.

Ist nun mit einer derartigen politischen Situation zu rechnen?

In der Schweiz darf das liberale Bürgertum den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß es die Demokratie erstritten hat, und zwar ohne wesentliche Unterstützung seitens der Arbeiterschaft. Als die Handwerksgesellen und Industriearbeiter anfingen, sich am politischen Leben zu beteiligen, fanden sie die demokratischen Einrichtungen bereits vor — im Gegensatz beispielsweise zum österreichischen Proletariat, das in heldenmütigem und opferreichem Kampfe das allgemeine direkte Wahlrecht hat erobern müssen. Und daraus mag sich zum Teil die Blasiertheit erklären, mit der manche schweizerische Genossen über die Demokratie urteilen. Das liberale Bürgertum verdankt die Vormachtstellung, die es während Jahrzehnten innehatte, der Demokratie. Seine Position war so solid unterbaut, daß es sogar seine Bedenken gegen die Verhältniswahl überwand — gewiß nicht der Arbeiterschaft zulieb, sondern dem Drängen der bürgerlichen Minderheiten nachgebend, denen es nun den Mitgenuß der Vorteile einräumen mußte, welche die demokratische Verfassung der Mehrheitspartei gewährt. Nun hat aber in den letzten zwei Jahrzehnten die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse weitere Fortschritte gemacht: in starkem Maße in den industriellen Kantonen, nicht so stark, aber doch spürbar auch in der Eidgenossenschaft. Im Kanton Zürich sind die sozialistischen und kommunistischen Stimmen auf mehr als 40 Prozent der abgegebenen Stimmen angewachsen, in der Eidgenossenschaft machen die Stimmen der Linksparteien fast 30 Prozent aus, und daß in dieser Bewegung ein Stillstand nicht eintreten wird, wissen jedenfalls alle Verständigen. Von vorsichtigen Staatsmännern wird deshalb jetzt schon die Möglichkeit in den politischen Kalkul einbezogen, daß die Mehrheit der Stimmberechtigten sich der Führung der Sozialdemokratischen Partei überlassen oder doch mindestens diese und jene ihrer Forderungen unterstützen werde. Und es gewährt ihnen nur einen bescheidenen Trost, daß dieses Verhängnis nicht so bald über den Staat hereinbrechen werde, wie die einen es hoffen und die andern es befürchten.

Und nun erhebt sich die Frage: Wird die Begeisterung der bürgerlichen Parteien für die Demokratie auch angesichts dieser Möglichkeiten standhalten? Werden sie dem Grundsatz, daß die Mehrheit den Staatswillen zu bestimmen habe, auch dann treu bleiben, wenn er anfängt, für sie unbequem zu werden, weil ihnen die Gefahr droht, daß sie die Mehrheit verlieren? Werden sie nicht der Versuchung unterliegen, die Demokratie irgendwie zu korrigieren und sie für die bürgerliche Partei unschädlich zu machen? Die Bourgeoisie hat zwar der Demokratie kaum je mit so lauten Worten und so feierlichen Gesten

Treue gelobt wie gerade in diesem Jahre. Aber das hindert sie nicht, nach Gesetzen »zum Schutze der verfassungsmäßigen Ordnung« zu rufen, deren Zweck darin besteht, einem Teil der Schweizerbürger die Wählbarkeit zu entziehen und sie dadurch nicht nur aus den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, sondern auch aus den gesetzgebenden Versammlungen auszuschließen und damit viele Tausende um ihre Vertretung im Parlament zu bringen. Das törichte Verhalten der Kommunistischen Partei hat ihnen zu einem derartigen Vorgehen den erwünschten Vorwand geliefert, und es besteht kein Zweifel, daß verängstigte Gemüter ehrlich davon überzeugt sind, es handle sich bei diesen gegen eine bestimmte Partei gerichteten Klassengesetzen in der Tat nur um den Schutz der Demokratie und darum, einen Mißbrauch der demokratischen Freiheitsrechte, vor allem der Presse- und Versammlungsfreiheit, zu verhüten. Bei der Beurteilung derartiger Bestrebungen darf man sich aber nicht an das halten, was zu ihrer Begründung und Rechtfertigung in der öffentlichen Diskussion vorgebracht wird. Viel wichtiger, wichtig namentlich für die Auslegung und Anwendung solcher Ausnahmegesetze ist die *Tendenz,* die sich in ihnen ausdrückt und die Erwartungen, die ihre Befürworter an sie knüpfen. Treten diese Gesetze in Kraft, so stehen wir der grotesken Situation gegenüber, daß die Demokratie dazu dienen muß, auf »legalem Wege« die Demokratie abzuschaffen und wenn nicht abzuschaffen, doch irgendwie zu verstümmeln. Wenn die Arbeiterschaft sich einem solchen Beginnen mit *allen Mitteln* widersetzt, so dürfen sich diejenigen am allerwenigsten darüber aufhalten, die sich heute noch als die treuesten Hüter der Demokratie aufspielen.

Nichts beweist die Unklarheit, die in manchen Kreisen über das Problem Demokratie herrscht, so deutlich als der Umstand, daß diese der Demokratie drohende Gefahr zum Beweise dafür herangezogen wird, daß die Arbeiterschaft sich von der Demokratie nichts versprechen dürfe. Wer sich durch die radikale Phraseologie das Urteil nicht völlig trüben läßt, wird den *umgekehrten* Schluß ziehen: die gleiche Erwägung, die möglicherweise einmal das Bürgertum zur Preisgabe der Demokratie bestimmt, muß in der Arbeiterschaft den leidenschaftlichen Willen zu ihrer Verteidigung wecken. Es ist die Erwägung: daß die demokratische Verfassung der Sozialistischen Partei die staatlichen Machtmittel ausliefert, sobald die Mehrheit der Stimmberechtigten dem Rufe dieser Partei folgt — anders ausgedrückt: sobald die Voraussetzung erfüllt ist, unter der erst erfolgreich mit dem Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft begonnen werden kann.

12. Gibt es für die Arbeiterschaft noch andere gangbare Wege als den der Demokratie?

In der Auseinandersetzung über das Problem Demokratie ist behauptet worden, die bürgerliche Demokratie habe abgewirtschaftet, sie werde nun abgelöst von der Diktatur, es frage sich nur noch, ob von einer bürgerlichen oder von einer proletarischen Diktatur. Diese Formulierung ist reichlich unklar. Wir haben gesehen: *Jede* staatliche Ord-

nung hat diktatorischen Charakter, insofern als eine oberste Gewalt besteht, die ihren Willen als Staatswillen durchzusetzen vermag. Soll jene Behauptung einen Sinn haben, so kann es nur der sein: die bisherige Diktatur der *Mehrheit* wird abgelöst durch eine Diktatur der *Minderheit.* Denn »Diktatur der Mehrheit« ist nur ein anderer Name für Demokratie. Stellen wir der Demokratie die *Diktatur* als ein von der Demokratie *grundsätzlich verschiedenes politisches System gegenüber,* so dürfen wir — sofern wir auf begriffliche Klarheit Wert legen und die jetzt schon bestehende Konfusion nicht noch erhöhen wollen — unter Diktatur nicht das verstehen, daß eine andere soziale Schicht die Mehrheit erlangt hat. Auch das nicht, daß die neue Mehrheit neue wirtschaftliche Ziele verfolgt oder daß sie ihre Machtmittel rücksichtsloser anwendet, als es die alte Mehrheit getan hat.

Will man nicht mit Worten spielen, so darf die Bezeichnung Diktatur des Proletariats nur auf einen politischen Zustand angewendet werden, der dadurch charakterisiert ist, daß *das Proletariat, obgleich es nur eine Minderheit darstellt,* sich im ausschließlichen Besitz der politischen Macht befindet. Wer aber diese Diktatur fordert und propagiert, hat die Verpflichtung, uns über verschiedene, nicht ganz unwichtige Dinge, über die bis jetzt nur vage Andeutungen vorliegen, genauen Aufschluß zu geben. Vor allem drängt es uns, zu erfahren: mit welchen Mitteln kann das Proletariat als Minderheitspartei zur Diktatur gelangen und sich in dieser Machtstellung dauernd behaupten? Oder — um das Problem von der andern Seite zu zeigen: auf welche Art wird es ihm gelingen, die der proletarischen Diktatur sich widersetzende Mehrheit unterm Daumen zu halten und unschädlich zu machen? Vor allem aber: wird das Proletariat als Minderheitspartei imstande sein, nicht nur mit seinen Gegnern, sondern gleichzeitig auch mit den großen Schwierigkeiten fertig zu werden, mit denen der Aufbau der Wirtschaft auf einer neuen Grundlage verbunden ist? Man soll nicht vergessen, daß die Diktatur schließlich nicht Selbstzweck, sondern Mittel ist, und daß sie ihre Rechtfertigung nur darin finden kann, daß sie den Volksgenossen dasjenige Maß gesicherten Wohlstandes gewährt, das nach dem heutigen Stande der technischen Entwicklung und der Fruchtbarkeit des Bodens möglich ist.

Diese Fragen sollen aber beantwortet werden für die Gesellschaft, wie sie ist, und nicht für eine Gesellschaft, die nur in der von allerhand schönen Wünschen angeregten Phantasie existiert, unter Verzicht auf alle Illusionen und mit dem Mute zur Wahrheit, der ebenso nötig ist wie der Mut zur Tat. Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, hat die Fortsetzung der Diskussion über die Diktatur der Minderheit für diejenigen einen Sinn, die ihren Tag nicht in irgendeinem Wolkenkuckucksheim verbringen, sondern sich bemühen, den Kontakt mit der Wirklichkeit nicht zu verlieren.

Demokratie und Diktatur im Parteiprogramm von 1920.

Das Programm, das sich die Sozialdemokratische Partei im Jahre 1905 gegeben hat, ist im Jahre 1920 revidiert worden, im Jahre der

Parteispaltung, in einer Zeit der Gärung und tiefer Erschütterung. War es auch unerläßlich, daß die Partei zu den umstrittenen Problemen Stellung nahm, so kann man doch nicht verkennen, daß die erregte Stimmung jener Tage der Abklärung nicht eben förderlich war. Es darf deshalb nicht in Erstaunen setzen und gereicht niemand, auch nicht den Verfassern des Programms, zum Vorwurf, daß die Abschnitte, die sich mit der Demokratie und der Diktatur befassen, der Ueberprüfung nicht in allen Teilen standhalten: das Verlangen nach begrifflicher Klarheit und Eindeutigkeit trat damals zurück hinter dem Bedürfnis nach Formulierungen, die der Kampfstimmung und dem revolutionären Pathos jener Zeit genügten. Wenn es sich aber um die Auffindung gangbarer Wege zum Sozialismus handelt, darf sich eine ihrer Verantwortung und ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußte Partei nicht von Stimmungen und Gefühlen leiten lassen.

Eine Ueberprüfung des Parteiprogramms an Hand der in diesem Aufsatze vertretenen Auffassung führt zu folgendem Ergebnis:

a) Die Demokratie.

Die Ausführungen des Parteiprogramms in dem »Die bürgerliche Demokratie« überschriebenen Abschnitt vermitteln keine klare Anschauung vom Wesen der Demokratie und ihrer Bedeutung für die Entwicklung zum Sozialismus. Und die an der Demokratie geübte Kritik ist mehr dazu angetan, den Sachverhalt und die wirklichen Zusammenhänge zu verdunkeln, als sie aufzuklären. Wir lesen dort, »durch die demokratischen Einrichtungen sei der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht aufgehoben worden; auch der *demokratische* Staat sei ein Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat. Die bürgerliche Demokratie sei nicht gewillt und nicht imstande, an den ökonomischen Grundlagen des Staates zu rütteln und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen«.

Diesen Ausführungen gegenüber sei noch einmal betont, daß Demokratie nicht Volksherrschaft ist, sondern daß wir mit diesem Worte diejenige Staatsform bezeichnen, in welcher die obersten und letzten Entscheidungen von der Mehrheit ausgehen: der Wille der Mehrheit wird zum Staatswillen erhoben. Gelangt eine neue, bisher in der Minderheit befindliche Klasse zur Mehrheit, sagen wir das Proletariat und der vom Ruin bedrohte Mittelstand, so ändert das nichts am Wesen der demokratischen Staatsform. Das Neue besteht vielmehr darin, daß nunmehr *der Staatswille einen andern Inhalt bekommt.* Der Staat wird jetzt seine Aufgabe nicht mehr in der Erhaltung der alten kapitalistischen Wirtschaft erblicken, sondern seine Machtmittel einsetzen für eine Neuordnung der Wirtschaft nach sozialistisch-genossenschaftlichen Grundsätzen. Die bürgerliche Demokratie ist nicht eine besondere Staatsform mit nur ihr eigentümlichen verfassungsrechtlichen Grundsätzen, sondern diejenige Demokratie, in welcher die bürgerlich gesinnten Schichten die Mehrheit haben. Deshalb sind die Aussagen des Parteiprogramms über die »bürgerliche Demokratie« Tautologien,

selbstverständliche Sätze, durch die nicht die Demokratie charakterisiert wird, sondern diejenige Klasse, welche in dieser Demokratie kraft ihrer Mehrheit über die staatlichen Machtmittel verfügt. Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß die »bürgerliche Demokratie«, mit andern Worten: derjenige demokratische Staat, in dem die bürgerlichen Parteien die Mehrheit bilden, nicht gewillt und nicht imstande ist, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen. Eine solche Leistung kann nicht die Demokratie als solche vollbringen, sondern nur die in dieser Demokratie herrschende Mehrheit. Da aber nur eine sozialistische Partei ein Interesse an der Beseitigung der bürgerlichen Klassenherrschaft hat, muß das Proletariat danach streben, Mehrheitspartei zu werden und dadurch in den Besitz der politischen Machtmittel zu gelangen. Nicht der demokratische Staat schlechthin ist ein Organ zur Unterdrückung des Proletariats, sondern derjenige Staat, in welchem die an der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft interessierten Schichten die Mehrheit bilden.

Daß diese Teile des Parteiprogramms einer Ueberarbeitung bedürfen, beweist auch der Satz, »die Eroberung der politischen Macht werde *voraussichtlich nicht auf den ersten Ansturm,* sondern erst nach langen, schweren Kämpfen verwirklicht werden«. Das Wort »voraussichtlich« hat hier nur dann einen Sinn, wenn damit angedeutet werden soll, daß mit der Eroberung der politischen Macht noch nicht oder doch erst vor kurzer Zeit begonnen worden sei und daß wir deshalb nur Vermutungen über den Verlauf dieser Kämpfe äußern können. Realpolitisch bedeutet Eroberung der politischen Macht Eroberung der Mehrheit. Nun ist die Stärkung unserer Partei seit Jahrzehnten ein Hauptziel der sozialistischen Politik, und daß die Eroberung der politischen Macht nicht auf den ersten Ansturm gelingen wird, sondern daß wir uns diesem Ziele nur schrittweise, nach Maßgabe der wirtschaftlichen Entwicklung nähern, ist nicht eine Vermutung, sondern die schmerzliche Erfahrung von zwei Generationen.

b) Die Diktatur des Proletariates.

Auch der Abschnitt über die Diktatur des Proletariats läßt die wünschenswerte Klarheit und Eindeutigkeit vermissen. Zunächst erfahren wir, wozu die Diktatur dient: sie ist das revolutionäre Mittel zur Beseitigung des Widerstandes, den die Bourgeoisie leisten wird, sowie zur Erringung der sozialistischen Demokratie; sie besteht »in der Anwendung aller Gewaltmittel durch das zur herrschenden Klasse gewordene Proletariat«. Ueber das Wichtigste, nämlich über die politischen Einrichtungen, in denen sich die Diktatur objektiviert, und über ihre Praxis gibt uns das Programm keinen Aufschluß. Wir müssen uns damit bescheiden, daß es von den gegebenen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen abhängt, welche Formen die Diktatur annehmen wird. Das Programm sagt uns zwar: die organisatorische Grundlage der Diktatur werde das Rätesystem sein. Aber der Verpflichtung, uns irgendeine Anschauung von dieser Grundlage der Diktatur zu vermitteln, entzieht sich das Programm mit der vorsich-

tigen Bemerkung: die Form des Rätesystems sei durch die jeweiligen ökonomischen Verhältnisse bedingt.

Was sich aus diesen Ausführungen in sachlicher Hinsicht ergibt, ist nur das: daß nach der Auffassung des Programms die *Diktatur sich ihrem Wesen nach von der Demokratie unterscheidet:* sie soll eine besondere Regierungs- oder Staatsform darstellen, deren sich das Proletariat zur Verwirklichung seines Wirtschaftsprogramms bedienen müsse. Daß diese Behauptung der Prüfung nicht standhält, ist im ersten Teile dieses Aufsatzes dargelegt worden. Unter Diktatur will das Programm verstanden wissen »die Anwendung aller staatlichen Gewaltmittel durch die herrschende Klasse«. Nun ist aber »Anwendung der staatlichen Gewalt- oder Machtmittel« nur ein anderer Name für *regieren.* Allermindestens gehört zur Regierungstätigkeit nicht zuletzt die Anwendung der staatlichen Machtmittel. Jede Regierung, mögen nun die bürgerlichen oder die proletarischen Schichten hinter ihr stehen, stellt die staatlichen Machtmittel in den Dienst ihrer Bestrebungen und benützt sie, um sich Gehorsam zu erzwingen. Es ist sachlich in keiner Weise gerechtfertigt, die Regierungstätigkeit dann, wenn sie von proletarischen Vertretern ausgeübt wird, als Diktatur zu bezeichnen. Die staatlichen Organe eines sozialistischen Gemeinwesens werden geradeso regieren, wie es die Organe des bürgerlichen Staates, auch des demokratischen, getan haben und heute noch tun. Dadurch, daß wir dem bürgerlichen Gegner an jedem Feiertage mit der proletarischen Diktatur drohen, wecken wir nur die grundfalsche Vorstellung, daß eine sozialistische Regierung sich ganz anderer, und zwar brutalerer Mittel und Verfahren bedienen werde, als es je eine bürgerliche Regierung des kapitalistischen Staates getan hat. Aber mit dem prahlerischen Gerede von der Diktatur erwecken wir nicht nur falsche Vorstellungen, sondern auch Widerstände und starke politische Antipathien in solchen Kreisen, die wir für die Idee des Sozialismus gewinnen müssen, wenn sie in das Reich der Wirklichkeit Eingang finden soll. Nicht um dem Gegner eine demokratische Gesinnung vorzutäuschen, sondern um ihn und uns vor Täuschungen zu bewahren, soll unsere programmatische Erklärung so lauten: In der Demokratie herrscht nicht das Volk, sondern die Mehrheit. Herrschen heißt über die staatlichen Machtmittel verfügen und den Staatswillen bestimmen. Das gilt wie für den bürgerlichen, so auch für den sozialistischen Staat. Hat dort die bürgerliche Mehrheit geherrscht und »diktiert«, so wird nun die sozialistische Mehrheit herrschen und diktieren, das heißt bestimmen, welche wirtschaftlichen Aufgaben der Staat zu lösen hat.

Dabei soll nicht übersehen werden, daß eine Regierung, die sich die *Erhaltung* der bestehenden Wirtschaftsordnung zur Aufgabe macht, nicht mit denselben Widerständen zu rechnen hat wie eine »revolutionäre« Regierung, will sagen eine Regierung, welche die Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne einer Sozialisierung anstrebt und deshalb genötigt ist, eine ganze Klasse aus ihrer bisherigen bevorrechteten Stellung zu verdrängen. Man wird damit rechnen müssen, daß eine sozialistische Regierung, zumal in Zeiten des Ueberganges, ge-

nötigt sein wird, von den staatlichen Machtmitteln einen andern Gebrauch zu machen als in Zeiten eines gesicherten Gleichgewichtes. Aber deshalb wird die Demokratie nicht zur Diktatur. Und überdies: die sozialistische Regierung wird nicht rücksichtsloser verfahren, als die kapitalistischen Regierungen verfahren sind, so oft der bürgerliche Staat sich in seinem Bestande bedroht glaubte. Die Geschichte der Schweiz bietet dafür beweiskräftige Beispiele. Die Einsicht sollte nun nicht schwerfallen, daß der Satz: unter Umständen »werde auch die demokratische Staatsgewalt zur Anwendung der Diktatur gezwungen sein«, schief und mißverständlich ist.

Darüber, wie das Proletariat zur herrschenden Klasse werden kann und worauf sich seine Herrschaft gründen wird, äußert sich das Programm nicht; im besondern nimmt es nicht zu der umstrittenen Frage Stellung, ob mit der Möglichkeit einer Diktatur der Minderheit gerechnet werden könne. Allem Anschein nach liegt seinen Ausführungen die Annahme zugrunde, daß das Proletraiat als *Mehrheitspartei* zur Herrschaft gelangen werde. Dadurch, daß es das ganze Volk aufteilt in die zwei Gruppen Bourgeoisie und Proletariat, vereinfacht es zwar das Problem in etwas schablonenhafter Art, täuscht aber auch den Leser über die Schwierigkeit der Aufgabe, die Mehrzahl aller Volksgenossen für den Sozialismus zu gewinnen. Im Programm wird mit Recht betont: das klassenbewußte Proletariat könne den sozialistischen Aufbau nur zu Ende führen in Uebereinstimmung und mit der aktiven Unterstützung dieser Mehrheit des arbeitenden Volkes. Dabei müssen wir uns im klaren sein, daß wir unter arbeitendem Volke nicht nur die industrielle Lohnarbeiterschaft verstehen dürfen. Es wird der Partei schwerfallen, den Widerstand der kapitalistischen Gegner und die Schwierigkeiten der sozialistischen Aufbauarbeit zu überwinden, wenn die sozialistische Regierung nicht vom Vertrauen einer starken Mehrheit getragen ist und die große Zwischenschicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht mindestens eine wohlwollende Neutralität beobachtet. Oft könnte man glauben, die Aufgabe der sozialistischen Agitation bestehe nicht darin, uns diese Kreise näherzubringen, sondern sie uns zu entfremden und an die Seite unserer ausgesprochenen Gegner zu drängen. Besonders bedauerlich ist es, wenn das durch die Verfechtung solcher Anschauungen und Forderungen geschieht, von denen wir allen Grund haben, anzunehmen, daß sie in den Herzen und Köpfen eines großen Teiles der Parteimitglieder nicht tief verwurzelt sind und ihnen deshalb, wenn es darauf ankommt, nicht zur Richtschnur ihres Verhaltens und Handelns dienen werden. »Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.« Dieses vor bald hundert Jahren geschriebene Wort des Kommunistischen Manifestes ist immer noch eine bloße Verheißung und keine Erfüllung. Und sie wird es noch lange bleiben, wenn wir nicht lernen, die für einen erfolgreichen Kampf nötige Begeisterung auch dann aufzubringen, wenn wir vernünftig handeln.